

INHALT MÄRZ 2009

SEITE 1

WANDERUNGEN NACH UND AUS DEUTSCHLAND

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge legt Migrationsbericht vor

ZAHLENWERK

Erteilte Visa zum Zweck des Familiennachzugs 1998 bis 2007

SEITE 2

BRÜCKENBAUER IN DIE INFORMATIONS-GESELLSCHAFT

Das transnationale Projekt Bridge-IT ist gestartet

NOVELLE DES MEISTER-BAFÖG

Begrüßung mit einer Einschränkung

KULTURELLE VIELFALT ALS HERAUSFORDERUNG

Tagung des Bereichs Migration & Qualifizierung

WANDERINNEN ZWISCHEN DEN KULTUREN

Ausstellung zum Internationalen Frauentag

SEITE 3

MENSCHENRECHT AUF BILDUNG (1)

Gefahrloser Schulbesuch von Kindern ohne Aufenthaltsstatus angekündigt

MENSCHENRECHT AUF BILDUNG (2)

Hamburger Schülerin droht Abschiebung

WETTBEWERB „RESPEKT2009“

Integrationspreis der Bundesregierung

TERMIN

und Veranstaltungen

SEITE 4

EUROPAWAHL: GEWERKSCHAFTEN STEHEN FÜR EIN SOZIALES EUROPA

Kommentar von Dietmar Hexel, Mitglied des Geschäftsführenden DGB Bundesvorstand

WANDERUNGEN NACH UND AUS DEUTSCHLAND

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge legt Migrationsbericht vor

Anfang dieses Jahres ist der Migrationsbericht 2007 des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) erschienen. Darin wird ausführlich das Migrationsgeschehen des Jahres 2007 dargestellt und in Bezug gesetzt zu den Wanderungsbewegungen seit den 1990er-Jahren. Dabei zeigt sich unter anderem, dass die Zahlen der Asylbewerber und der Spätaussiedler, die nach Deutschland kommen, weiter rückläufig sind. Bei Zuzügen aus Drittstaaten sind die Daten einer Zeitreihen nur bedingt aussagekräftig. So liegt laut Bericht das Absinken der Zuzüge aus Drittstaaten von 2006 auf 2007 „insbesondere daran, dass bulgarische und rumänische Staatsangehörige als Unionsbürger im Jahr 2007 nicht mehr in der Zahl der Drittstaatsangehörigen enthalten sind“.

Im Migrationsbericht werden auch die Daten des Ausländerzentralregisters (AZR) ausgewertet. Da darin seit Kurzem auch der Aufenthaltszweck erfasst wird, lässt sich genauer dokumentieren, wie sich die Zuwanderer zusammensetzen. Dabei zeigt sich, dass bei Zuwanderungen aus Drittstaaten die Familienzusammenführung mit 28,9 Prozent die größte Zuwanderergruppe bildet (siehe auch Zahlenwerk).

Ein anderes Themenfeld ist der Fortzug von Deutschen und Ausländerinnen und Ausländern aus Deutschland. Ein Ergebnis dessen: Die dauerhafte Auswanderung von Wissenschaftlern in die USA ist weit weniger dramatisch als in der Öffentlichkeit oft vermutet.

Schließlich befasst sich der Migrationsbericht auch mit so genannter illegaler Migration. Und er betrachtet die Gruppe Menschen mit Migrations-



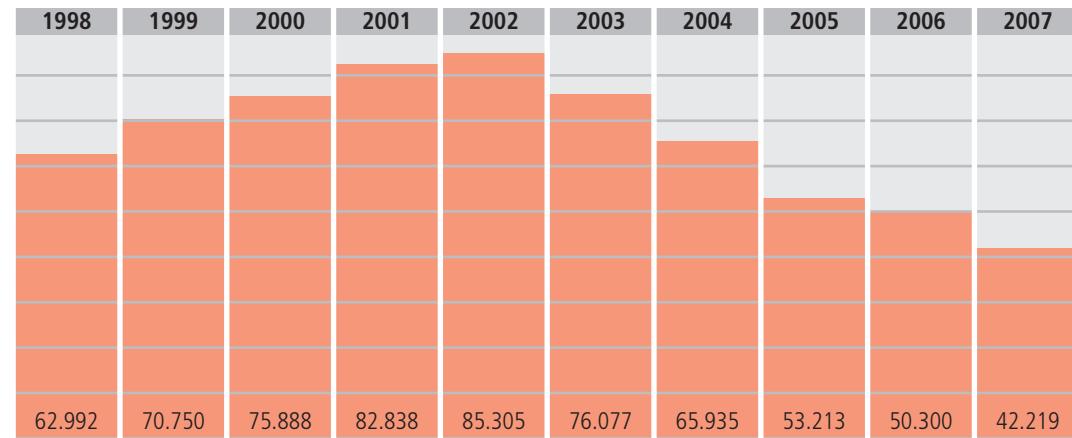
hintergrund, die seit dem Mikrozensus 2005 vom Statistischen Bundesamt gesondert erfasst wird.

Der Migrationsbericht 2007 des BAMF kann heruntergeladen werden unter:

[www.migration-online.de/
migrationsbericht_2007](http://www.migration-online.de/migrationsbericht_2007)

ZAHLENWERK

Erteilte Visa zum Zweck des Familiennachzugs 1998 bis 2007



Daten: Auswärtiges Amt/Migrationsbericht (BAMF) 2007

Der Familiennachzug basiert auf dem grundgesetzlich garantierten Schutz von Ehe und Familie und ist in den Paragrafen 27 bis 36 des Aufenthaltsrechts geregelt. Der Familiennachzug

bezieht sich auf Drittstaatsangehörige, da Unionsbürgerinnen und Unionsbürger innerhalb der EU Freizügigkeit genießen. Nachzugsberechtigt sind im Wesentlichen Kinder (bis 18 Jahre) und Ehegatten. In Ausnahmefällen können auch andere Familienangehö-

rige in den Genuss des Familiennachzugs kommen.

Zum Thema Familiennachzug lesen Sie auch unser FAQ:

[www.migration-online.de/
faq_familiennachzug](http://www.migration-online.de/faq_familiennachzug)

BRÜCKENBAUER IN DIE INFORMATIONSGESELLSCHAFT

Das transnationale Projekt

Bridge-IT ist gestartet

Im Februar 2009 hat ein neues transnationales Projekt begonnen, das das Ziel verfolgt, Zuwanderern und ethnischen Minderheiten besseren Zugang zu Informations- und Kommunikationstechnologien (IuK bzw. ICT) – und damit zur Informationsgesellschaft – die Arbeit aufgenommen. Name des Projekts: Bridge-IT.

Den Hintergrund bildet eine Initiative von 34 europäischen Ländern, die im Juni 2006 in Riga beschlossen haben, gemeinsam Bevölkerungsgruppen, die in der Gefahr stehen, von der Internetnutzung ausgeschlossen zu werden, besonders zu fördern. Beteiligt waren die EU-Mitgliedstaaten, die Beitrittskandidaten und die Länder des EWR.

Für Bridge-IT birgt die Nutzung von IuK die Chance dazu beizutragen, die Zuwanderer nach Europa zu integrieren und die kulturelle Vielfalt zu stärken. Es gibt bereits einige Initiativen zu diesem Thema, die arbeiten aber isoliert und sind kaum bekannt. Deshalb sollen hier Brücken geschlagen werden.

Zunächst sollen die gesellschaftlich relevanten Akteure für das Thema sensibilisiert werden. Das schließt auch die Selbstorganisationen der Migran-

tinnen und Migranten ein und jene Verbände, die in ihrer Arbeit tagtäglich mit Zuwanderern zu tun haben. Gleichermaßen werden auch die Verantwortlichen im Wirtschaftsprozess einbezogen.

Gemeinsam werden IT-Lösungen, Inhalte und Dienstleistungen, die die Einbeziehung von Zuwanderern in die Informationsgesellschaft verbessern, eruiert und nachahmenswerte Beispiele bekannt gemacht.

Aus der Projektarbeit insgesamt heraus werden schließlich Empfehlungen für die Politik entwickelt.

An dem Projekt sind 25 Partner aus elf EU-Staaten beteiligt. Das reicht von öffentlichen Verwaltungen über IT-Unternehmen bis zu NGOs und Gewerkschaften. Aus Deutschland ist unter anderem das DGB Bildungswerk beteiligt.

Weitere Informationen unter:

www.bridge-it-net.eu

Kontakt:

DGB Bildungswerk
Bereich Migration & Qualifizierung
Michaela Dälken
Telefon 02 11/43 01-1 98
michaela.daelken@
dgb-bildungswerk.de

NOVELLE DES MEISTER-BAFÖG

Begrüßung mit einer Einschränkung

In einer öffentlichen Anhörung des Bundestagsausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung begrüßten Expertinnen und Experten Ende Januar den Entwurf zur Novellierung des Meister-BAföG (offiziell: Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz/AFBG).

Generell wird der Kreis derjenigen, die das Gesetz in Anspruch nehmen können, erweitert. So wird nicht ausschließlich die erste Ausbildung gefördert. Eine Ausweitung auf Erzieherinnen/

Erzieher und Altenpflegerinnen/Altenpfleger ist vorgesehen.

Und auch Fortbildungswillige mit ausländischem Pass sollen künftig gefördert werden können, wenn sie „langfristig aufenthaltsberechtigt sind oder lange in Deutschland leben und eine dauerhafte Bleibeperspektive haben“.

Diese Einschränkung kritisierte der DGB Vertreter in der Anhörung Hermann Nehls: „1,8 Millionen Migrantinnen und Migranten, die kein dauerhaftes Aufenthaltsrecht haben, fallen damit automatisch aus der Förderung heraus.“

KULTURELLE VIELFALT ALS HERAUSFORDERUNG

Tagung des Bereichs Migration & Qualifizierung

„Kulturelle Vielfalt – Realität und Chance“ ist der Titel einer Tagung am 20. März im Hans-Böckler-Haus in Düsseldorf. Der Bereich Migration & Qualifizierung beim DGB Bildungswerk leistet damit einen Beitrag zum Europäischen Jahr zur Förderung der Beziehung zwischen Kreativität, Kultur und Bildung, das von der EU für 2009 ausgerufen wurde.

Thematisiert werden auf der Tagung der Beitrag der Zuwanderer für die kulturelle Vielfalt in Deutschland. Darüber hinaus wird die Frage diskutiert,

ob und wie weit sich kulturelle Identität im Integrationsprozess bewahren lässt und wie die Zukunft unserer Gesellschaft durch Transkulturalität geprägt ist.

Kulturelle Vielfalt – Realität und Chance

20. März 2009

Beginn 9.30 Uhr, Ende 16.00 Uhr

Hans-Böckler-Haus

Hans-Böckler-Straße 39

40476 Düsseldorf

Informationen und Anmeldung:

www.migration-online.de

oder

Alina Jarzeczka

Telefon 02 11/43 01-1 41

WANDERINNEN ZWISCHEN DEN KULTUREN

Ausstellung zum Internationalen Frauentag

Unter dem Titel „migrARTE – Wanderinnen zwischen den Kulturen“ werden seit dem 27. Februar in der MedienGalerie von ver.di Berlin-Brandenburg die Arbeiten von zwölf Künstlerinnen mit und ohne Migrationshintergrund gezeigt, die sich mit Flucht- und Wanderungsbewegungen, mit unterschiedlichen kulturellen Erfahrungen und daraus resultierenden Sichtweisen auseinandersetzen. Die Gruppe ist im Frauenkunstforum-owl (OWL = Ostwestfalen-Lippe) zusammengeschlossen.

Eine Arbeit sind die Porträts „neue Heimat?“, in denen die aus der Türkei stammende Fotografin Sehnaz Seker Künstlerinnen, die in der ostwestfälischen Provinz leben und aus einem anderen Land stammen, darstellt. Dazu gestellt sind Kurzinterviews über ihre Lebenssituation.

Anlass für die Ausstellung ist der Internationale Frauentag am 8. März.

Die MedienGalerie befindet sich in der:

Dudenstraße 10

10965 Berlin

(U-Bhf. Platz der Luftbrücke)

Weitere Infos und Öffnungszeiten:

www.mediengalerie.org



MENSCHENRECHT AUF BILDUNG (1)

Gefahrloser Schulbesuch von Kindern ohne Aufenthaltsstatus angekündigt

Kinder von Menschen, die ohne legalen Aufenthaltsstatus in Deutschland leben, sollen künftig ohne die Gefahr zur Schule gehen können, dass ihre Eltern bei der Ausländerbehörde gemeldet werden.

Darauf verwies Ende Januar die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Maria Böhmer, gegenüber dem Nachrichtenmagazin „Focus“.

„Das Recht auf Bildung ist ein Menschenrecht“, so Böhmer. Und: „Das gilt auch für Kinder von Eltern, die ohne legalen Aufenthaltstatus in Deutschland leben.“ Die Bundesregierung arbeite laut Böhmer derzeit an Verwaltungsvorschriften, „die die Unsicherheiten beseitigen und pragmatische Lösungen für die betroffenen Kinder bringen sollen“.

Derzeit besteht in Schulen und auch Kindergärten Unsicherheit darüber, ob die Leiter der Einrichtungen verpflichtet sind, über den fehlenden Aufenthaltstitel eines Kindes zu informieren.

Das hat zur Folge, dass Illegalisierte ihre Kinder oft nicht zur Schule schicken. Gleichzeitig besteht eine Schulpflicht für Kinder von Menschen ohne Papiere in Bayern, Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen. In Berlin, Brandenburg und Thüringen gilt die Schulpflicht nur für Kinder, die sich rechtmäßig in Deutschland aufhalten.

Wenn die Ankündigung der Integrationsbeauftragten umgesetzt wird, entspricht das einer langjährigen Forderung von Gewerkschaften, Kirchen und Menschenrechtsorganisationen.

TERMINE

und Veranstaltungen



Fördergelder und Fördermöglichkeiten nach SGB II und SGB III. Weiterbildung für betriebliche Akteure, Organisationen und Beratungsstellen

Seminar, 18.–20.03.2009

DGB Tagungszentrum Starnberger See
www.migration-online.de/sem_ffg

Kulturelle Vielfalt – Realität und Chance

Tagung, 20.03.2009

Hans-Böckler-Haus, Düsseldorf
www.migration-online.de/tg_mkut



Deutsch am Arbeitsplatz Gewinn bringend einsetzen. Informationsveranstaltung für Betriebsratsangehörige und Personalverantwortliche

Seminar, 03.04.2009

Hans-Böckler-Haus, Düsseldorf
www.migration-online.de/sem_dap

Was bedeutet Integration in der Praxis? – Chancen und Problemstellung des Integrationsprozesses

Seminar, 06.–08.04.2009

DGB Tagungszentrum Hamburg-Sasel
www.migration-online.de/sem_idp

Deutsch am Arbeitsplatz in Industriebetrieben. Weiterbildung für Deutschlehrende

Seminar, 07.–08.04.2009

Hans-Böckler-Haus, Düsseldorf
www.migration-online.de/sem_dap

Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz: Umsetzung und Praxis. Weiterbildung für Betriebs- und Personalräte

Seminar, 20.–22.04.2009

DGB Tagungszentrum Starnberger See
www.migration-online.de/sem_agg

Woche der Weiterbildung

Verschiedene Veranstaltungen bundesweit, 25.–31.05.2009

Weitere Informationen unter:

www.pro-qualifizierung.de

Infos und Anmeldung unter:

www.migration-online.de

MENSCHENRECHT AUF BILDUNG (2)

Hamburger Schülerin droht Abschiebung

Die von der Integrationsbeauftragten angekündigte Aussicht, dass Kinder und Jugendliche ohne Aufenthaltsstatus ihr Menschenrecht auf Bildung wahrnehmen können, kommt für die 15-jährige Magdalena, die in Hamburg lebt, möglicherweise zu spät. Sie soll im Sommer gemeinsam mit ihrer Mutter in ihr Herkunftsland Bolivien abgeschoben werden. Magdalena, die die 10. Klasse einer Gesamtschule besucht, und ihre Mutter leben seit elf Jahren ohne Aufenthaltstitel in Hamburg.

Dass Magdalenas fehlender Aufenthaltstitel entdeckt wurde, hat mit dem zentralen Schülerregister (ZSR) zu tun, das im Jahr 2006 in Hamburg eingeführt wurde. Ziel war es, von ihren

Eltern vernachlässigte Kinder ausfindig zu machen und ihnen zu helfen. Kritiker verwiesen allerdings damals schon auf die Möglichkeit durch Datenabgleich Kinder ohne Aufenthaltstitel herausfiltern zu können.

Gewerkschaften, Kirchen und Menschenrechtsorganisationen legten der Öffentlichkeit den Appell „Hamburg schützt seine Kinder: Recht auf Bildung und Schulbesuch für alle wahren“ vor, in dem auf die Problematik aufmerksam gemacht wird.

Die Parteien sicherten daraufhin eine humanitäre Einzelfallprüfung durch eine Härtefallkommission zu.

Die Schulleitung von Magdalenas Schule hatte ihre Daten eingespeist. Ergebnis: Die Ausländerbehörde forderte den Nachweis eines Aufenthaltstitels, der nicht beigebracht werden konnte. Magdalenas Mutter wandte sich an eine kirchliche Beratungsstelle, die über eine Anwältin eine Petition an die Bürgerschaft einreichte, mit der Bitte um eine humanitäre Lösung. Von da aus ging der Fall weiter an die Härtefallkommission. Die gab den Fall an den Petitionsausschuss zurück und der entschied im Oktober: „nicht abhilfefähig“. Das Einzige, was gestattet wurde, ist eine Duldung bis Ende des Schuljahrs.

den konnte. Magdalenas Mutter wandte sich an eine kirchliche Beratungsstelle, die über eine Anwältin eine Petition an die Bürgerschaft einreichte, mit der Bitte um eine humanitäre Lösung. Von da aus ging der Fall weiter an die Härtefallkommission. Die gab den Fall an den Petitionsausschuss zurück und der entschied im Oktober: „nicht abhilfefähig“. Das Einzige, was gestattet wurde, ist eine Duldung bis Ende des Schuljahrs.

WETTBEWERB „RESPEKT2009“

Integrationspreis der Bundesregierung

Unter dem Titel „respekt2009“ hat die Bundesregierung den Integrationspreis der Bundesregierung für Kinder und Jugendliche zwischen 10 und 19 Jahren ausgeschrieben. Ausgezeichnet werden Ideen und Initiativen, die sich für die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund und für Chancengleichheit in Deutschland einsetzen.

Den Hintergrund für den Wettbewerb erläutert die Integrationsbeauftragte, Maria Böhmer, so: „Ich möchte, dass

alle Menschen, die in unserem Land leben, sich hier auch wirklich zu Hause fühlen. Ob sie selbst, ihre Eltern oder Großeltern schon in Deutschland geboren wurden oder ob sie aus anderen Ländern zu uns gekommen sind, darf dabei keine Rolle spielen. Jede und jeder – insbesondere Kinder und Jugendliche – sollen die gleichen Chancen haben, sich ihre Träume zu erfüllen, ihre Talente zu entfalten und ihr Leben so zu führen, wie sie es sich wünschen.“

Es gebe, so Böhmer, vorbildliche Integrationsprojekte von und für Jugendliche. Die besten davon möchte

die Bundesregierung mit dem Integrationspreis „respekt2009“ auszeichnen.

Pro Bundesland wird ein Gewinnerprojekt ermittelt, das jeweils mit 1.000 Euro prämiert und öffentlich vorgestellt wird. Die Siegerinnen und Sieger werden zur Preisverleihung im Mai nach Berlin eingeladen.

Teilnahmeschluss ist am 31. März 2009.

Weitere Informationen zum Wettbewerb gibt es unter:

www.respekt2009.de

FORUM MIGRATION 3

EUROPAWAHL: GEWERKSCHAFTEN STEHEN FÜR EIN SOZIALES EUROPA

KOMMENTAR

Dietmar Hexel, Mitglied des Geschäftsführenden DGB Bundesvorstand

Als die EU-Kommission in den Jahren 2000 und 2002 Richtlinien zur Antidiskriminierung beschlossen hat, haben die europäischen Gewerkschaften das begrüßt und ihre Regierungen gedrängt, diese Richtlinien zügig in nationales Recht umzusetzen. Aus guten Gründen.

Im Mai 2007 veröffentlichte die EU-Kommission die Mitteilung „Zirkuläre Migration und Mobilitätspartner-schaften zwischen der Europäischen Union und Drittstaaten“. In der vorgeschlagenen Form lehnt der DGB das Konzept ab – auch das aus guten Gründen.

Dafür sind wir da. Es gibt politische Entscheidungen, die der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften bewerten und begleiten, bevor sie gefällt werden. Und bei denen wir versuchen, im Sinne der Gewerkschaftsmitglieder Einfluss zu nehmen. Auf europäischer wie auf nationaler Ebene.

Öffentlich wird das dann oft unterschiedlich diskutiert. Wenn vom Bundestag ein Gesetz auf den Weg gebracht wird, das sich gegen die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer richtet, versuchen wir das zu verändern. Wenn es gegen unseren Widerstand verabschiedet wird, sagen wir dann in Richtung Regierung: „Ihr habt die Folgen zu verantworten.“ Wenn die EU-Kommission eine Richtlinie verabschiedet, die den Interessen der abhängig Beschäftigten zuwiderläuft, ist öfter zu hören: „Europa ist Schuld.“ Interessant: Es käme wahrscheinlich niemand, der ein deutsches Gesetz kritisiert, auf die Idee zu sagen: „Deutschland ist Schuld.“

Bei der Äußerung „Europa – gemeint ist natürlich immer die EU – ist Schuld“ schwungt implizit auch der Gedanke mit, dass es vielleicht besser wäre, die EU abzuschaffen oder aus ihr auszutreten. Das wäre politisch völlig falsch. Eine globale Welt verlangt nach Vernetzung demokratischer Staaten und die Aufgabe bestimmter nationaler Identitäten. Der Nationalstaat ist eine Erfindung des vorletzten Jahrhunderts. Vergleiche hinken, besonders historische Vergleiche. Doch: Die europäische Einigung ist durchaus parallel zu sehen zur Überwindung der deutschen Kleinstaaterei, wobei die europäische Einigung sehr viel deutlicher von „unten“ betrieben wurde als die deutsche Reichsgründung. Und kein Mensch in Deutschland kann sich heute mehr vorstellen, dass Frankreich als „Erzfeind“ gehandelt wurde. Gott sei dank.

Das alles heißt nicht, dass die Politik der EU nicht kritisch gesehen werden darf. Sie muss kritisch gesehen werden. Als Gewerkschaften erleben wir derzeit, dass bei den Weichenstellungen auf europäischer Ebene die

Binnenmarkt- und Kapitalfreiheit immer stärker in den Vordergrund rückt und nicht die soziale Freiheit der Menschen. Gerade angesichts der Krise brauchen die Menschen in Europa die Sicherheit, dass sie nicht den Scherbenhaufen aufkehren müssen, den der Casino-Kapitalismus hinterlässt. Wir brauchen den Vorrang der sozialen Grundrechte und eine neue Idee des Wirtschaftens in Europa. Dafür stehen die Gewerkschaften und so müssen letztlich die Verträge gestaltet werden.

Ob es gelingt, ein europäisches Sozialmodell weiterzuentwickeln, hängt nicht zuletzt von der Zusammensetzung des Europäischen Parlaments ab. Im Moment ist es konservativ zusammengesetzt. Bei Asyl, illegaler Zuwanderung, Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen, Zuwanderung von Erwerbstätigen hat die EU Gesetzgebungskompetenz. Grund genug, uns politisch zu engagieren.

Am 7. Juni ist Wahl zum Europäischen Parlament. Da kann jede und jeder mit beeinflussen, wie die EU sich entwickelt. Die Chance müssen wir nutzen.



GEFÖRDERT DURCH



Bundesministerium
des Innern

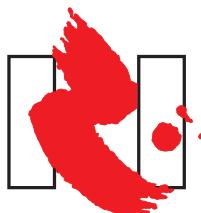


Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge



Europäischer Integrationsfonds

IMPRESSUM



DGB BILDUNGSWERK

HERAUSGEBER

DGB Bildungswerk
Vorsitzender: Dietmar Hexel
Geschäftsführer: Dr. Dieter Eich

VERANTWORTLICH

für den Inhalt: Leo Monz

KOORDINATION

Michaela Dälken

REDAKTION

Bernd Mansel
(Medienbüro Arbeitswelt), Berlin

LAYOUT

Gitte Becker

DTP/REINZEICHNUNG

Gerd Spleithoff

FOTOS

photocase

ERSCHEINUNGSWEISE

Monatlich